

Richard J. Evans

# Zwei deutsche Diktaturen im 20. Jahrhundert?

## Essay

Zwei deutsche Diktaturen im Vergleich; oder: die doppelte Vergangenheitsbewältigung: Die Debatten, die seit etwa fünfzehn Jahren zu diesem Thema in Deutschland geführt werden, sind oft eher moralisch und politisch denn wissenschaftlich und historisch geprägt. Die fortdauernde innerdeutsche Nabelschau ist, angesichts der Erfahrungen, welche die Deutschen im 20. Jahrhundert machten, durchaus verständlich. Aber es ist nicht ganz klar, inwieweit

**Richard J. Evans** uns diese Debatten weiterführen können. Dr. phil., geb. 1947; Professor of Modern History, University of Cambridge. Gonville and Caius College, Cambridge CB2 1TA, Großbritannien. rje36@cam.ac.uk. Zwar scheint sich die Forschung darüber einig zu sein, dass wir viel mehr detaillierte, empirisch vergleichende Studien verschiedener Teilaspekte der DDR und des Nationalsozialismus brauchen, aber der Erkenntnisgewinn solcher Studien auf der Makroebene ist nicht immer auf den ersten Blick ersichtlich. Als Außenstehender möchte ich deshalb eine andere, vergleichende Perspektive wählen; ich setze ein Fragezeichen hinter den Titel meines Textes. Ich frage nicht, ob die beiden deutschen Diktaturen tatsächlich Diktaturen waren; das ist kaum zu bestreiten. Ich frage vielmehr, ob und inwieweit sie deutsch waren.

### SBZ/DDR

Die DDR-Führung versuchte ständig, ihren Staat zu legitimieren, indem sie eine Brücke zur deutschen Vergangenheit schlug, vor allem durch die heroisierende Darstellung der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, deren Entwicklung von Marx und Engels über die linken Sozialdemokraten der Kaiserzeit und die 1918 gegründete Kommunistische Partei Deutschlands bis in die DDR der

fünfziger und sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts als gradlinig präsentiert wurde. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) wurde als Endpunkt einer politischen Entwicklung dargestellt, die Deutsche Demokratische Republik als die historische Wunscherfüllung der arbeitenden deutschen Massen des 19. und 20. Jahrhunderts.

Tatsächlich aber spielten nichtdeutsche Traditionen eine weit größere Rolle in der SED und der DDR, ja sogar in der KPD der Weimarer Zeit, als im Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED je zugegeben wurde. Vor allem gewannen mit der Gründung der KPD im Dezember 1918 wichtige Elemente der Ideologie und Praxis der russischen revolutionären Bewegung Eintritt in die deutsche Linke: unter anderem der demokratische Zentralismus, die Verachtung des parlamentarischen Systems, die Bereitschaft, massenhaft Gewalt zu entfesseln, die Manipulation des Rechtssystems, die Reduzierung von Kunst und Kultur zu politischen Werkzeugen ideologischer Indoktrination und die Intoleranz gegenüber Andersdenkenden.

Die deutsche Sozialdemokratie hingegen hatte seit ihrer Gründung einen großen Respekt für demokratische Formen und Regeln gehegt und eine parlamentarische Verfassung einschließlich allgemeiner, gleicher, freier und geheimer Wahlen für Männer und Frauen, die es im Kaiserreich noch nicht gab, befürwortet; sie verurteilte die Ausübung politischer Gewalt, und sie respektierte den Rechtsstaat. Wenn deutsche Sozialdemokraten die Klassengesetze des Kaiserreichs anprangerten, so taten sie das in dem festen Glauben, dass in einem wirklichen Rechtsstaat das Recht völlig klassenunspezifisch und neutral funktionieren sollte – im Gegensatz zu der Absicht der Bolschewiki, welche die Unvermeidlichkeit, ja die historische Notwendigkeit von Klassengesetzen begrüßten, mit dem Zweck, diese als Werkzeuge der Herrschaft des Proletariats im sozialistischen Staat zu instrumentalisieren. Kunst und Kultur schließlich waren in der sozialdemokratischen Arbeiterkulturbewegung neutral und allgemeingültig; sie sollten allen Bürgerinnen und Bürgern ohne jede Einschränkung zugänglich gemacht werden

*Anm. der Redaktion: Bei diesem Text handelt es sich um die überarbeitete Fassung des Eröffnungsvortrages auf der Internationalen DDR-Forschertagung in der Europäischen Akademie Otzenhausen/Saarland, gehalten am 4. November 2004.*

und nicht nur einer wohlhabenden bürgerlich-kapitalistischen Elite vorbehalten sein.

Die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung seit Marx hatte, abgesehen von den gerade genannten Aspekten des Kommunismus, durchaus spezifisch deutsche Wurzeln. Trotzdem dauerte es nach dem Zweiten Weltkrieg nur wenige Jahre, bis diejenigen in der SED, die einen spezifisch deutschen Weg zum Sozialismus befürworteten, entweder marginalisiert oder zur Untätigkeit verdammt wurden. Die DDR wurde als Nachahmung der Sowjetunion aufgebaut; ihre Institutionen und Strukturen wurden aus Sowjetrußland importiert; ihre politischen Begriffe, ja die gesamte offizielle und offiziöse Sprache der politischen Eliten wurde sozusagen vom Russischen ins Deutsche übersetzt: Politbüro, Zentralkomitee, Agitprop. Dies widersprach dem Selbstverständnis der deutschen Arbeiterbewegung. Gleich nach dem Kriege hatte die überwiegende Mehrheit der Anhänger der SPD in allen Teilen Deutschlands, sofern sie nicht unter dem direkten und mittelbaren Druck der Besatzungsmacht in der Sowjetzone standen, eine Verschmelzung mit der KPD abgelehnt.

Der Rückhalt des SED-Regimes in der Bevölkerung selbst in dem von der Roten Armee und vom Geheimdienst NKWD beherrschten Gebiet war von Anfang an nicht groß. In den wenigen mehr oder minder freien Wahlen, die in der Sowjetischen Besatzungszone abgehalten wurden, stellte sich schon 1946 heraus, dass die SED wohl niemals eine Chance haben würde, eine absolute Mehrheit der Wählerstimmen für sich zu gewinnen. Der Übergang zur Einheitsliste und die Anwendung von Manipulation, Erpressung und Gewalt gab der SED und den Blockparteien bald die Scheinlegitimation, die sie in den Wahlen suchten. Doch der Volksaufstand von Juni 1953 verlieh den wahren Gefühlen der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung der DDR einen allzu deutlichen Ausdruck. Nach seiner Niederschlagung durch die Rote Armee war klar, dass der Preis für einen erneuten Aufstand sehr hoch sein würde. Noch wichtiger war die Erkenntnis, dass die Westmächte den Aufständischen nicht helfen würden; dafür wäre das Risiko für den Weltfrieden in den ängstlichen Anfängen des Atomzeitalters und des Kalten Krieges zu hoch gewesen.

Die Diktatur der SED, die Herrschaft von Walter Ulbricht und Erich Honecker, war

also in erster Linie keine deutsche Diktatur, sondern eine einem Teil Deutschlands oktroyierte Diktatur der sowjetischen Besatzungsmacht. Sie dauerte über 40 Jahre an, weil die Sowjetunion faktisch das Land weiterhin besetzt hielt, und sie ging deshalb zugrunde, weil die Sowjetunion unter Gorbatschow es für nicht mehr möglich oder ratsam hielt, die Besetzung aufrechtzuerhalten.

Selbstverständlich ist das bei weitem nicht die ganze Geschichte. Begrenzte Selbstbehauptungsversuche gegenüber der Politik der Sowjetunion gab es zu gewissen Zeitpunkten in der Geschichte. Und die DDR war nicht von Anfang an ohne jede Legitimität. Es fehlte auch nicht an Versuchen, die Identifikation der Bevölkerung mit dem Staate zu stärken, nicht nur durch die Erinnerung an die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sondern in der „Erbe“-Debatte der achtziger Jahre vor allem durch den Versuch, Personen wie Friedrich II. oder Martin Luther für die eigene Geschichte zu reklamieren sowie vergangene Staaten wie vor allem Preußen als Vorläufer des Arbeiter-und-Bauern-Staates darzustellen. Dies geschah aber nur deshalb, weil sie auf dem Gebiet der DDR oder Teilen davon existiert hatten. Diese Beschwörungen der Geschichte schlugen ebenso fehl wie der Versuch, ein „DDR-Bewusstsein“ durch die Erinnerung an die deutsche Arbeiterbewegung zu kultivieren. Beide Versuche hatten den zwangsläufigen Effekt, die Aufmerksamkeit der DDR-Bevölkerung auf die gesamtdeutsche Geschichte zu lenken. Es war letzten Endes nicht möglich, die Geschichte des Gebietes der DDR aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Preußens oder der Protestanten auf gesamtdeutscher Ebene herauszulösen.

Wenn wir diesen Thesen zustimmen, liegt es sehr nahe, die DDR nicht in erster Linie mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich zu vergleichen, sondern mit den anderen, zur gleichen Zeit von der Sowjetunion beherrschten Ländern Ostmitteleuropas, zum Beispiel mit Polen, Ungarn, Rumänien oder der Tschechoslowakei. Auch hier gab es zu verschiedenen Zeitpunkten Umsturz- oder Reformversuche, etwa 1956 in Polen und Ungarn oder 1968 in der Tschechoslowakei. Auch hier wäre es nur möglich gewesen, die Diktatur abzuschütteln, wenn die Sowjetunion sich zurückgezogen hätte. In allen diesen Ländern existierte ein sehr ähnliches, von der sowjetischen Besatzungsmacht aufgezwunge-

nes Herrschafts- und Gesellschaftsmodell, wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten und Durchführungsproblemen – zum Beispiel die Existenz der Scheinparteien CDU, LDP, NDP und DBD in der DDR oder der Verzicht auf die Kollektivierung der Agrarwirtschaft in Polen.

Unterschiede wie Gemeinsamkeiten bleiben ein wichtiges Forschungsthema für die vergleichende Geschichtswissenschaft. Drei große Unterschiede ragen schon auf den ersten Blick heraus. Zum einen schien die DDR-Gesellschaft nach 1953 wesentlich stabiler zu sein als andere Gesellschaftsordnungen im Ostblock, etwa in Polen oder in der Tschechoslowakei. Das Oppositionspotenzial der Bevölkerung wurde dadurch vernichtet, dass diejenigen Gruppen, vor allem aus dem Mittelstand und Bürgertum, die dem SED-Regime gegenüber am negativsten eingestellt waren, in Richtung Westen abwanderten. Deswegen war es schon vor dem Mauerbau 1961 denjenigen, die in der DDR geblieben und fast per definitionem mehr oder weniger kompromissbereit waren, möglich, eine relativ gute Karriere zu machen; die Eliten, die den Weg nach oben blockiert hätten, standen ihnen nicht mehr im Wege. Dreißig Jahre später, als die neuen Eliten den Weg für die jüngere Generation versperrten, gab es ein starkes Anwachsen der sozialen und wirtschaftlichen Unzufriedenheit dieser neuen Generationen, denen eine positive Zukunftsperspektive fast gänzlich fehlte. Es bedurfte allerdings des Rückzugs der Sowjetunion, bis diese Unzufriedenheit einen politischen Ausdruck finden und etwas bewirken konnte.

Der zweite Unterschied ist ebenfalls ein gravierender. Die anderen Ostblockstaaten stellten im Gegensatz zur DDR die Fortführung schon etablierter historischer Nationen späteren oder früheren Datums dar, wenn auch mit unterschiedlichen geschichtlichen Erfahrungen. Den weit verbreiteten Wunsch nach Auswanderung und die Möglichkeit dazu gab es weder in Polen oder Ungarn noch in der Tschechoslowakei. Politische Instabilität und wiederholte, aber letztendlich vergebliche Demokratisierungsversuche waren die Folge.

Eine dritte wichtige Besonderheit der DDR lag darin, dass sie zunehmend Schwierigkeiten hatte, sich gegenüber der immer stärkeren Anziehungskraft der Bundesrepublik als dem eigentlichen deutschen National-

staat zu legitimieren. In den Anfangsjahren war es idealistischen und „progressiven“ jungen Deutschen noch möglich, in der DDR den wahren Vertreter des Antifaschismus zu sehen – im Gegensatz zur Bundesrepublik, wo der Versuch, eine politische und soziale Demokratie aufzubauen, welche die historische Erbschaft des Nationalsozialismus deutlich überwinden sollte, eher zögerlich zu bleiben schien.

Aber die idealistische Identifikation der DDR mit dem Antifaschismus verschwand in dem Maße, in dem sich ein demokratisches Bewusstsein und eine offene und kritische Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in der politischen Kultur der Bundesrepublik verankerte. Die politische Verkalkung der DDR-Führung, die in den achtziger Jahren zur Gerontokratie geronnen war, und die hartnäckige Weigerung der Sowjetunion sowohl 1953 als auch danach, demokratische Reformen in der DDR zu dulden, unterminierten und zerstörten schließlich die Hoffnung, dass die DDR sich als Hort antifaschistischer Werte, der Freiheit und der Gerechtigkeit etablieren könnte. Der Legitimationsverlust nicht nur des SED-Regimes, sondern der DDR als selbständiger Staat wurde immer stärker. Schließlich konnte die DDR dem Einfluss und dem ständigen Beispiel des mächtigen westlichen Nachbarn nicht entkommen. Der Rückhalt des SED-Staates in der DDR-Bevölkerung war nie sehr tief; schon lange vor seinem Ende begann er zu schrumpfen, bevor er schließlich ganz verschwand.

## „Drittes Reich“

In den ersten Nachkriegsjahren gab es seitens deutscher Historiker wie Gerhard Ritter den Versuch, den Nationalsozialismus als das Ergebnis des Eindringens fremder Einflüsse in die deutsche politische Kultur darzustellen. Allerdings war schon in dem berühmten Essay Friedrich Meineckes „Die deutsche Katastrophe“ ansatzweise die These zu finden, dass der Nationalsozialismus einen großen Rückhalt in der deutschen Bevölkerung besessen hatte, eben deshalb, weil er auf bestimmte, weit verbreitete Vorstellungen und Traditionen in der politischen Kultur zurückgreifen konnte.

In den siebziger und achtziger Jahren fand die These eines deutschen „Sonderwegs“

unter Historikern breite Zustimmung. In Deutschland, so hieß es, habe im 19. und frühen 20. Jahrhundert ein autoritäres Regime geherrscht, das – anders als in den vermeintlich fortgeschritteneren, moderneren europäischen Ländern – von charismatischer Herrschaft, von einem durch die uneingeschränkte Macht der preußischen Armee geprägten Militarismus, einer starken Beamtenschaft und einem schwachen Parlament geprägt gewesen sei. Dieses autoritäre Regime habe versucht, oppositionelle Strömungen wie den Sozialismus zu unterdrücken und als Staatsfeind abzustempeln – was leicht fiel angesichts einer nur schwachen Tradition des politischen Liberalismus und eines Nationalismus, der sich allmählich in gefährlicher Weise zu Imperialismus, Rassismus und Eroberungslust entwickelte.

Während der dreißiger Jahre gewann der Nationalsozialismus nicht zuletzt deshalb eine große Anhänger- und Wählerschaft, weil er an diese Traditionen der politischen Kultur anknüpfen konnte. Zwar vermochte die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, ähnlich wie die SED, in freien Wahlen keine absolute Mehrheit für sich zu gewinnen. Aber die Bereitschaft der politischen, sozialen und kulturellen Eliten, mit den Nationalsozialisten zu paktieren, war Ausdruck weit reichender ideologischer Gemeinsamkeiten. Auch die vielen Kontinuitäten – persönliche, institutionelle, kulturelle und soziale, die vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis in die nationalsozialistische Zeit reichten – verliehen dem NS-Regime eine viel größere Legitimität, eine viel tiefere Verwurzelung im politischen Bewusstsein der Bevölkerung, als es die DDR je erreichen konnte. Selbst alte Sozialdemokraten begeisterten sich laut Berichten der Sopade, der sozialdemokratischen Exilorganisation, für außenpolitische Leistungen wie die Remilitarisierung des Rheinlandes oder den Anschluss Österreichs. Die vielen Kontinuitäten des sozialen Lebens und der sozialen Strukturen, das Fehlen einer sozialen Revolution, zumindest nach sowjetischem Muster wie später in der DDR, schien einer Mehrheit der Bevölkerung zu signalisieren, dass – zumindest bis 1939 – das Alltagsleben weiterging wie zuvor.

Trotzdem ist in der Sonderwegsdebatte jene These, welche die Besonderheiten Deutschlands im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert betont, überzeichnet worden. Viele Elemente des von Bismarck geschaffe-

nen Deutschen Reiches konnte man mehr oder minder ausgeprägt auch in anderen Ländern beobachten. In Italien gab Garibaldi, der charismatische Anführer jenes Volksheers, das Italien 1859 einigen half, ein Vorbild für den späteren Diktator Mussolini ab. Auch in Spanien wurde – wie in Deutschland – die Armee nicht vom Parlament kontrolliert. In Italien, wie im Deutschen Reich, war sie nicht dem Parlament, sondern unmittelbar dem Souverän unterstellt. In Österreich-Ungarn waren das Beamtentum ähnlich stark und die parlamentarischen Institutionen in ihrer Macht ähnlich beschränkt wie in Deutschland. Im zaristischen Russland wurde der imperiale Gedanke auch auf die Innenpolitik und auf Russlands Beziehungen zu seinen unmittelbaren Nachbarn übertragen. Das zaristische Regime unterdrückte die Sozialisten viel gnadenloser, als es in Deutschland jemals der Fall war, und stand den deutschen Behörden in nichts nach, was den Willen zur zwangsweisen Assimilation der Polen betraf. Der Liberalismus war 1914 nicht nur im Kaiserreich, sondern in allen größeren Staaten Ost- und Mitteleuropas mit Ausnahme Böhmens schwach entwickelt. Die politischen Parteien und Gruppierungen waren in Italien noch gespaltener als in Deutschland. Die Überzeugung, dass Krieg zur Erlangung politischer Ziele gerechtfertigt sei, wurde von vielen europäischen Mächten geteilt, wie der Beginn des Ersten Weltkriegs im August 1914 mit erschreckender Deutlichkeit zeigte. Allerdings muss man konstatieren, dass in keinem anderen Land Europas alle diese Bedingungen gleichzeitig und in demselben Ausmaß wie in Deutschland gegeben waren.

Nach dem Ersten Weltkrieg hatte es die Demokratie fast überall in Europa schwer, sich zu behaupten. Verletzte Nationalgefühle, der Glaube – selbst in einer Siegnation wie Italien – den Krieg verloren zu haben, der Aufstieg eines radikalen Nationalismus, der darauf aus war, Minderheiten zu unterdrücken und Krieg als Mittel der nationalen Selbstbehauptung zu verwenden, vor allem vielleicht aber die Angst vor einer Verbreitung der bolschewistischen Revolution in Richtung Westen nährten die Verachtung für die vermeintlich schwache politische Führung der Demokratien. So wich der Parlamentarismus in vielen Ländern faschistischen, militärischen oder autoritären Diktaturen. Zwischen 1918 und 1939 kamen in Polen, Ungarn, Litauen, Estland, Lettland, Rumänien, Griechenland,

Portugal, Spanien, Italien, Deutschland, Österreich und Jugoslawien autoritäre oder diktatorische Führer an die Macht, unter ihnen später so bekannte Figuren wie Mussolini, Franco, Dollfuss, Metaxas, Salazar und Pilsudski. Schon Mitte der dreißiger Jahre waren parlamentarische Demokratien eher die Ausnahmen unter den politischen Systemen auf dem europäischen Kontinent.

So war auch die Unterdrückung der persönlichen und bürgerlichen Freiheiten, die das „Dritte Reich“ in Deutschland kennzeichnete, nichts Ungewöhnliches im Europa der Zwischenkriegszeit. Man könnte vielleicht einwenden, dass der Kern des nationalsozialistischen Regimes seine Rassenpolitik war. Aber auch hier, im europäischen Vergleich, ragte das „Dritte Reich“ zumindest bis zum Ausbruch des Krieges nicht so deutlich heraus, wie oft behauptet wird. So war zum Beispiel der Antisemitismus, wie er von den Nationalsozialisten und der deutschen Regierung bis September 1939 propagiert und praktiziert wurde, keine einmalige Erscheinung, vor allem wenn man die antisemitische Politik anderer mittel- und ostmitteleuropäischer Länder in Betracht zieht.

In Polen, vor allem nach dem Tode des Marschalls Pilsudski und der Machtübernahme eines Militärregimes, entfaltete sich ein Antisemitismus, der mit breiter Zustimmung rechnen konnte. Von 1936 bis 1939 wurden mehr als 150 Pogrome oder gewalttätige Zwischenfälle gemeldet, wobei mindestens 350 Juden getötet und mehrere hundert verletzt wurden. Die Regierung kam dem Druck der antisemitischen, rechtsradikalen Opposition dadurch entgegen, dass sie den Anteil der jüdischen Studenten an den Hochschulen von 25 auf 8 Prozent reduzierte, jüdischen Beamten kündigte, einen Numerus clausus für jüdische Ärzte und Rechtsanwälte erließ, das Schächten verbot und 1938 weitere Maßnahmen erwog, um die jüdische Minderheit zu marginalisieren. Der Versuch der polnischen Regierung, die Zustimmung der Westmächte für eine massenhafte, forcierte Emigration der polnischen Juden zu gewinnen, war ein Hauptgrund der Einberufung der Internationalen Konferenz zur Migrationsfrage in Jahre 1938 in Evian. Zur gleichen Zeit verhandelte die polnische Regierung ohne Ergebnis mit der französischen Regierung über einen möglichen massenhaften Bevölkerungstransfer der polnischen Juden zur Insel Madagaskar, die damals französischer Kolonialbesitz war.

Unter der autoritären Herrschaft des Admirals Horthy wurde im Mai 1938 in Ungarn das so genannte Erste Jüdische Gesetz verabschiedet, wobei ein Numerus clausus für den Anteil der Juden im Berufsleben festgesetzt wurde. Kurz danach folgte das Zweite Jüdische Gesetz, worin der Anteil auf lediglich sechs Prozent festgelegt wurde und das den Juden verbot, als Lehrer, Offiziere, Beamte, Zeitungsredakteure oder Theaterintendanten zu fungieren. Anders als in Polen galten diese Gesetze auch für getaufte Juden, waren also eher rassistisch als religiös geprägt. Ähnliche Gesetze traten in Rumänien kurz vor der Machtübernahme des Königs Carol in Kraft; unter seiner 1938 etablierten Diktatur wurde bis September 1939 mindestens 270 000 von insgesamt etwa 750 000 Juden das Bürgerrecht aberkannt, und die Regierung erwog ernsthaft, eine eigene Version der Nürnberger Rassegesetze einzubringen.

Der Prozess der Entrechtung der jüdischen Minderheit ging in Deutschland zweifellos weiter als anderswo. Nur in Deutschland wurden Gesetze, die sexuelle Beziehungen zwischen Juden und Nicht-Juden verboten, tatsächlich eingeführt; nur in Deutschland wurde ein Pogrom zentral, von der herrschenden Clique, inszeniert; nur in Deutschland wurden Eigentum und Lebensunterhalt der Juden durch die so genannte Arisierung der Wirtschaft systematisch vernichtet; nur in Deutschland wurde mehr als die Hälfte der jüdischen Bevölkerung ins Ausland vertrieben. Aber das Beispiel der antisemitischen Politik des „Dritten Reichs“ übte Vorbildfunktion auf die Regierungen mehrerer Nachbarländer aus.

Auch in anderen Aspekten nationalsozialistischer Politik bis September 1939 wird aus dem Vergleich mit anderen Ländern ersichtlich, dass das „Dritte Reich“ während der ersten Hälfte seiner Existenz durchaus kein Unikum war. Zwar wurden zum Beispiel 50 000 Homosexuelle unter dem Paragraphen 175 des Reichsstrafgesetzbuches, zum Teil in einer verschärften Fassung, verhaftet und zwei Drittel von ihnen verurteilt; nach Verbüßung ihrer Strafe wurden sie regelmäßig sofort wieder verhaftet und in Konzentrationslager gebracht. Doch polizeiliche Schikanen und die gesellschaftliche Diskriminierung von Homosexuellen gab es überall. Und selbst in der gleichfalls zwölfjährigen Periode von 1953 bis 1965 in der alten Bundesrepublik wurden fast 100 000 Männer unter dem

gleichen Paragraphen vor Gericht gestellt, wovon etwa die Hälfte verurteilt wurde; zur gleichen Zeit untersuchte die Polizei in England etwa 3500 angebliche Fälle illegaler homosexueller Betätigung pro Jahr.

Die Sterilisierung so genannter Erbkranker im nationalsozialistischen Deutschland erfasste insgesamt etwa 360 000 Menschen, aber im Vergleich zur Bevölkerungszahl waren das kaum mehr als in Norwegen, wo 40 000 Menschen unfruchtbar gemacht wurden, oder in Schweden, wo 63 000 betroffen waren. Auch in Schweden waren unter anderem rassische Gründe maßgebend, die auch so genannte Zigeuner (bzw. Sinti und Roma) erfassten; im Übrigen war die meist polizeiliche Verfolgung der Zigeuner in Deutschland bis September 1939 durchaus mit ihrer Verfolgung in anderen europäischen Ländern vergleichbar, wenn auch das Einsperren in besondere Lager unter denkbar schlechtesten Umständen nur im „Dritten Reich“ stattfand.

## Deutsche Diktaturen?

Die Ähnlichkeiten zu anderen europäischen Staaten enden natürlich mit der weiteren Entwicklung der Politik des „Dritten Reiches“ während des Zweiten Weltkriegs. Es gab keine Parallele in diesen Ländern zu der Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten in den Jahren 1939 bis 1945. Selbst in Rumänien, wo es zu großen, einer Eigendynamik unterliegenden Vernichtungsaktionen gegen die Juden kam, gab es seitens der Regierung keinen Versuch, die Gesamtheit der rumänischen Juden ausnahmslos zu töten. Antisemitische Morde in anderen europäischen Ländern fanden überall unter dem starken Druck des „Dritten Reiches“ statt, aber selbst ein antisemitisches, autoritäres Regime wie das ungarische weigerte sich trotz wiederholten Drängens bis zum Einmarsch deutscher Truppen, die jüdischen Bürgerinnen und Bürger Ungarns in die Vernichtungslager abzutransportieren. Mehrere Länder haben so genannte Erbkranken und Asoziale sterilisiert, aber nur das „Dritte Reich“ hat sie planmäßig ermordet. Das Gleiche gilt für Sinti und Roma, für Homosexuelle und für andere Gruppen. Anders als diese Länder war das „Dritte Reich“ eine führende europäische Macht, und sein Versuch, seine Vernichtungspolitik europaweit zu verwirklichen, war einmalig. Schließlich finden sich sowohl für die Ermordung von mehr als dreieinhalb Millionen sowjeti-

schen Kriegsgefangenen seitens der Nationalsozialisten und der Wehrmacht als auch für die Bereitschaft, bis zu dreißig Millionen Slawen im Falle eines gewonnenen Krieges zu töten oder verhungern zu lassen, ebenfalls keine Parallelen in der Kriegs- und Eroberungspolitik anderer Länder, auch wenn die Bedingungen der Kriegsgefangenschaft vieler deutscher Soldaten, etwa derjenigen, die in Stalingrad gefangen genommen wurden, so hart waren, dass sehr viele von ihnen nie mehr in die Heimat zurückkehrten.

Die Mordlust des nationalsozialistischen Deutschlands während des Zweiten Weltkriegs kam nicht von ungefähr. Gewalt, Gewalttätigkeit, ja ungezügelter Hass gegen den tatsächlichen oder nur vorgeschobenen Feind gehörten zu den Charakteristika des Nationalsozialismus wie die Vorbereitung und Durchführung des Krieges, der, als radikaler Rassen- und Ideologiekrieg konzipiert, das A und O der Innen- und Außenpolitik des Dritten Reiches war. Andere europäische Länder, wie z. B. Ungarn, schauten begierig auf das Territorium der Nachbarn und bereiteten die Erweiterung der eigenen Gebiete vor, die dann schon vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges als Teil der Aufteilung der Tschechoslowakei tatsächlich stattfand. Aber kein anderes Land strebte die Eroberung fast des gesamten Kontinents oder die rassische Neuordnung ganz Europas mit brutalsten und mörderischsten Mitteln an, wie es das nationalsozialistische Deutschland tat.

Wenn wir von der Vernichtungspolitik sprechen, liegt der Vergleich mit der Sowjetunion vor allem unter Stalins Herrschaft auf der Hand. Schon 1918 im Zuge des Roten Terrors wurden Arbeitslager errichtet. Oppositionelle wurden verhaftet, gefoltert, eingesperrt; im Laufe des Bürgerkrieges wurden zahlreiche Menschen in grausamster Weise zu Tode gemartert. Unter Stalins Herrschaft, vor allem nach der Ermordung Kirows im Jahre 1934, richtete sich der Terror zunehmend gegen die Bolschewiki selbst. Während der stalinistischen Säuberungen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, also zwischen 1929 und 1953, wurden nach zuverlässigen Schätzungen mehr als 750 000 Menschen hingerichtet; 2 750 000 starben in den Lagern. Die Selbstzerfleischung des stalinistischen Systems hatte keine Parallele im Nationalsozialismus; selbst die Ermordung Röhm und anderer führender Männer der SA Ende Juni/Anfang Juli 1934 fand als Teil einer Stabili-

sierung des Regimes statt. Danach blieb die Führungsgruppe des „Dritten Reiches“ fast bis zum Ende mehr oder minder stabil. Diejenigen, wie Blomberg, Fritsch oder Neurath, die aus ihren Ämtern gejagt wurden, durften in den Ruhestand gehen, fielen also nicht, wie es in der Sowjetunion zweifellos der Fall gewesen wäre, dem Genickschuss des Henkers zum Opfer.

Die Gewalttätigkeit der Nationalsozialisten richtete sich also hauptsächlich gegen Außenseiter, kurz, gegen Minderheiten in der eigenen und in anderen Gesellschaften, während sich die Gewalttätigkeit der Bolschewiki hauptsächlich gegen den inneren Feind richtete. Im Laufe des Krieges entfaltete die Wehrmacht außerdem eine Vergeltungs- und Abschreckungspolitik gegen die angeblich Partisanen unterstützende Zivilbevölkerung, die ihresgleichen selbst angesichts des äußerst brutalen Vorgehens der Roten Armee in den letzten Stadien des Krieges sucht. Massensterben gab es sicher, von Katyn bis zu den Lagern des NKWD, aber sie sind nicht mit den genozidalen Massenmorden der Nationalsozialisten vergleichbar.

Entscheidend war die Tatsache, dass sich das stalinistische System im Laufe des Krieges als vermeintliche Notwendigkeit angesichts eines unerbittlichen Feindes stabilisieren musste. Vor allem nach dem Tode Stalins wurde die Folter- und Tötungsmaschinerie, die in den späten dreißiger Jahren ihren Höhepunkt erreicht hatte, allmählich abgebaut. Die Außenpolitik der Sowjetunion nach 1945 war vor allem defensiv: Im Gegensatz zur rasenden und schließlich selbstzerstörerischen Selbstradikalisierung des „Dritten Reiches“ versank die Sowjetunion in der zweiten Phase ihrer Existenz in eine starre, verkalkte Routine. Sie war nicht mehr reformfähig und nur noch darauf gerichtet, das System aufrechtzuerhalten und gegen die Verlockungen des Kapitalismus zu verteidigen.

Die Geschichte der DDR gehört zu dieser zweiten, stabilen Phase der Geschichte des Sowjetkommunismus, auch wenn Ulbricht und mehrere seiner Genossen bereits in den Säuberungen der Zwischenkriegszeit eine zwielfichtige Rolle gespielt hatten. Deshalb ist die DDR für den Vergleich zwischen rechts- und linkstotalitärer Diktatur wenig tauglich, denn es fehlte ihr weitgehend die Dynamik, die zum Totalitarismus gehört, eine Dynamik, die in der Sowjetunion der dreißiger

Jahre noch so bemerkenswert war. Mit anderen Worten: Der Vergleich zwischen zwei Herrschafts- und Gesellschaftssystemen muss auch ein historischer Vergleich sein, er muss die veränderten Umstände, die das Jahr 1945 brachte, in Betracht ziehen, er muss dem Einfluss der kollektiven Erinnerung an die nationalsozialistische Zeit auf die spätere (SED-)Diktatur gerecht werden.

In gewissem Sinne existierte die DDR überhaupt nur deshalb, weil die Sowjetunion eine Wiederholung des nationalsozialistischen Krieges fürchtete. Der Krieg ist schließlich der Faktor, der den Vergleich der beiden Diktaturen, die auf deutschem Boden errichtet wurden, am meisten erschwerte. Das Fehlen fast jeglichen Widerstandes der Bevölkerung der DDR gegen den Untergang ihres Staates steht in bemerkenswertem Kontrast zur Beharrlichkeit des Weiterkämpfens der Bevölkerung des „Dritten Reiches“ auch in den letzten, hoffnungslosen Monaten des Zweiten Weltkrieges.

Das „Dritte Reich“ legitimierte sich unter anderem dadurch, dass es sich mit der gesamten deutschen Nation identifizierte: Eher Patriotismus als nationalsozialistische Überzeugung war es, was viele Deutsche dazu motivierte, den Krieg wenn nicht zu begrüßen, so doch bis zum Ende durchzustehen. Sie kämpften nicht nur für Hitler, sondern auch, vor allem in den späteren Kriegphasen, für Deutschland. Es gelang den Nationalsozialisten, ihre Interessen als weitgehend identisch mit den Interessen der Deutschen überhaupt darzustellen. Der DDR-Elite hingegen sollte es nie gelingen, für ihre Diktatur breite Legitimität zu gewinnen, und schon gar nicht, ihren Staat als Sachwalter der Interessen der deutschen Nation zu legitimieren.